

haltigen Kontaktwerkstoffen für die Industrie, hat mit einem chinesischen Unternehmen ein umfangreiches Vertragswerk mit einem Gesamtvolumen von 10 Mio.DM abgeschlossen. Nach Angaben der deutschen Firma sehen die Verträge einen Know-how-Transfer, Lieferung von Fertigungseinrichtungen sowie technische Zusammenarbeit zwischen Doduco und dem chinesischen Partner vor. In den nächsten Jahren soll die Produktion des chinesischen Unternehmens, das Kontaktmaterialien und Kontakte für die Energietechnik herstellt, rationalisiert und ausgebaut werden. Nach diesem erfolgreichen Einstieg in das Chinageschäft zeichnen sich für Doduco weitere Ansätze für Geschäftsmöglichkeiten ab. Der Vertrag sieht eine wissenschaftliche Zusammenarbeit bei der Entwicklung elektronischer Kontakte vor. (NfA, 11.2.85)

Der stellvertretende chinesische Außenwirtschaftsminister, Li Ke, und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Per Fischer, zeichneten im Namen ihrer Regierungen am 6.2.1985 in Beijing eine Vereinbarung über technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Entwicklung von zwei neuen Kohlegruben in der chinesischen Provinz Shanxi ab. Die jährliche Förderung der beiden Gruben wird auf zusammen 8 Mio.t veranschlagt. Die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen des Abkommens technische Hilfe in Höhe von 4,5 Mio. DM für die Erstellung der Durchführbarkeitsstudien und die gemeinschaftliche Konstruktionsplanung der auf je 4 Mio.t pro Jahr ausgelegten Kohlegruben von Chengzhuang und Changcun bereitstellen. Beide Seiten kamen überein, daß die gemeinsame Entwurfsarbeit in zwei Abschnitten erfolgen soll. Die erste Stufe wird in der Bundesrepublik ausgeführt werden, während der aus detaillierter Entwurfsarbeit bestehende zweite Teil in der Volksrepublik fertiggestellt werden soll. (NfA, 11.2.85)

Die Firma Krupp-Widia, Essen, Hersteller von Hartmetall und Hartmetallwerkzeugen, hat mit der chinesischen Außenhandelsorganisation China National Machinery and Equipment Import Export Corporation (CMEC), Tianjin, einen Vertrag über die Lieferung von Maschinen, Ausrüstungen und Know-how im Werte von 30 Mio.DM für die Tianjin Cement and Carbide Factory abgeschlossen. (Ostinformationen, 27.2.85)

Als Federführer eines deutschen Konsortiums erhielt die AEG-Telefunken von der China National Technical Import Corp., Beijing, den Auftrag zur Modernisierung der Warmbreitbandstraße der Benxi Iron

and Steel Corp. in der Provinz Liaoning. Das Auftragsvolumen in Höhe von rund 45 Mio.DM umfaßt Lieferung, Montageüberwachung und Inbetriebnahme der elektrischen und mechanischen Anlagenausrüstungen sowie das Training von Personal. Konsortialpartner und Lieferant der mechanischen Ausrüstungen, u.a. einer kompletten Bundbindemaschine, ist die MDS Mannesmann Demag Sack GmbH, Düsseldorf. Zur Anlagenmodernisierung gehören im wesentlichen die Neulieferung elektromotorischer sowie elektrohydraulischer Anstellungen, elektromotorischer Schlingenheber-Einrichtungen und Regelungen für die Hauptantriebe der siebengerüstigen Fertigstaffel. (NfA, 22.2.85) -lou-

***(3) Chinesisches Handelszentrum in Hamburg eröffnet**

Am 7.2.1985 wurde in Anwesenheit der chinesischen Ministerin für Außenwirtschaft und Außenhandel, Frau Chen Muhua, in Hamburg offiziell das neue chinesische Handelszentrum für Europa eröffnet. Das Zentrum, das unter dem Namen "China United Trading Corporation" firmiert, steht unter Leitung von Li Shude. Li Shude war in den frühen 1960er Jahren stellvertretender Minister der Finanzen und vertrat nach der Kulturrevolution die Volksrepublik China bei der europäischen Gemeinschaft in Brüssel. In der Handelszentrale werden insgesamt etwa 40 Mitarbeiter in drei Hauptabteilungen, nämlich für Wirtschaft, Beratung und Verwaltung arbeiten. Die 16 Unterabteilungen repräsentieren die Handels- und Industriebranchen, und zwar von der Textil- bis zur Schiffbauindustrie. Außerdem werden die für die Außenwirtschaft wichtigsten chinesischen Städte und Provinzen vertreten.

Nach Aussagen des Generaldirektors Li Shude soll das Handelszentrum Chinas Exporte nach Europa verstärken und die Diskussion über technische Projekte vertiefen. Besondere Bedeutung mißt Li der Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Betrieben bei. Dabei bietet man die unterschiedlichsten Möglichkeiten, von der Suche nach einem geeigneten chinesischen Partner bis zur Hilfe bei der Einführung in den chinesischen Markt. Daß das Zentrum auch selbst Geschäfte abschließen kann, wertet Li nicht als Konkurrenz für die langjährigen Hamburger und anderen europäischen Unternehmen, die bereits im China-Geschäft tätig sind. Man werde die großen Erfahrungen dieser Unternehmen nutzen. (Demnächst wird eine ausführlichere Darstellung des Handelszentrums sowie anderer in Westeuropa arbeitender Kontaktstellen der Volksre-

publik China an dieser Stelle erscheinen.) -lou-

Sowjetunion und Osteuropa

*
*
* * * * *

***(4) Der sino-sowjetische Wirtschaftsaustausch**

Ein umfangreicher Artikel in der Zeitschrift Liaowang (1984, Nr.51) beschreibt die gegenwärtige Situation des chinesisch-sowjetischen Handels und seine Zukunftsperspektiven. Anlaß dafür waren offensichtlich der Besuch Archipows und die drei bei diesem Anlaß unterzeichneten Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit, über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über die Errichtung einer chinesisch-sowjetischen Kommission zum Zweck der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technik (Näheres dazu C.a., Dezember 1984, Ü 3). Folgende Zahlen werden dabei für den chinesisch-sowjetischen Handel angegeben: 1981: 200 Mio.US\$, 1982: 270 Mio., 1983: 760 Mio., 1984: 1,2 Mrd.; die für 1985 vereinbarte Summe beläuft sich auf 1,6 Mrd.US\$ - man sieht: ein schneller Anstieg, der sich schon fast dem Niveau des chinesisch-deutschen Außenhandels (1984: rd. 5 Mrd.DM) nähert. Allein die Zunahme von 1983 auf 1984 belief sich auf +35,7%!

In den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten hat der chinesisch-sowjetische Handel infolge der Veränderungen in den Beziehungen zwischen beiden Staaten im wesentlichen drei Stadien durchlaufen: Die fünfziger Jahre waren eine Periode des Anstiegs, wobei die höchste Jahresziffer mit 1,9 Mrd. Rubel i.J. 1959 erreicht wurde. In den sechziger und siebziger Jahren ging dieser Austausch wieder zurück und kam dann fast zum Stillstand - vor allem i.J. 1969, als mit einer Höhe von nur noch 26,4 Mio.Rubel der absolute Tiefpunkt erreicht wurde, um sich dann allerdings in den siebziger Jahren auf eine Marge von durchschnittlich rd. 300 Mio.Rubel einzupendeln. Seit Beginn der achtziger Jahre trat der Außenhandel dann in eine dritte Phase, die des Wiederanstiegs, ein - die oben wiedergegebenen Zahlen beweisen es.

Der Außenhandel ist nach den Prinzipien des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen Ergänzung angelegt. Was damit gemeint ist, wird schnell deutlich, wenn man bedenkt, daß die Sowjetunion zwar erfolgreich beim Aufbau der Schwerindustrie, aber höchst rückständig im Bereich der Leichtindu-

strie ist, während in China die Entwicklung während der letzten Jahre z.T. unter umgekehrtem Vorzeichen verlaufen ist. Unter diesen Umständen importiert China aus der UdSSR hauptsächlich Technologien und Ausrüstungen bzw. Nachrüstungen für die in den fünfziger Jahren aus der Sowjetunion bezogenen Anlagen, während die Sowjetunion von China im wesentlichen Nahrungsmittel und Rohstoffe für die Nahrungsmittelerzeugung sowie für die Textilindustrie bezieht.

Im Zeitraum des 1. Fünfjahresplans (1953/57) lieferte die UdSSR zahlreiche komplette Industrieanlagen, unter denen die häufig zitierten "156 Projekte" eine tragende Aufbaurolle spielten, während sie im Gegenzug meist Konsumgüter erhielt. 1985 wird China der Sowjetunion ebenfalls hauptsächlich Nahrungsmittel und Konsumgüter liefern, nämlich Schweinefleisch, Sojabohnen, Mais, Erdnüsse, Baumwolle, Tee, Thermosflaschen, Textilien usw. Zu den Produkten, die die Sowjetunion nach China exportiert, zählen in erster Linie Stahl, Buntmetalle, Holz, Zement, Flugzeuge, Autos sowie mechanische Produkte aller Art.

Neben den Außenhandelsströmen, die zentral gesteuert werden, soll auch der Grenzhandel wieder eine zunehmende Rolle spielen. Zwischen beiden Ländern verläuft eine 7.300 km lange Grenze, die z.T. - wie beim Amur und Ussuri - von schiffbaren Flüssen gebildet wird. Insgesamt grenzen sechs chinesische Provinzen an das Gebiet der Sowjetunion an, von denen wiederum drei für den Grenzhandel besonders wichtig geworden sind, nämlich Heilongjiang, die Autonome Region Innere Mongolei und die Autonome Region Xinjiang.

- Heilongjiang hat mit der sowjetischen "Fernostregion" den Handel wiederaufgenommen und im September 1984 eine Grenzhandelsvereinbarung getroffen, wonach Heilongjiang aus der Sowjetunion hauptsächlich Holz, Sodaasche, chemischen Dünger, Automobile, Motorräder und elektrische Kühlschränke importieren wird, während sie ihrerseits an die Fernostregion Schweinefleisch, Konserven, Sojasoße, Thermosflaschen, Frottiertücher, glasierte Ziegel, Teppiche und Pelzmützen exportiert. Ergänzende Verhandlungen wurden vom 4. bis 14. Januar 1985 geführt (XNA, 15.1.85). Als Schemata für die Neuverhandlungen wurden zahlreiche bereits zwanzig Jahre alte Dokumente "wiederausgraben".

Der Grenzhandel zwischen Heilongjiang und "Fernost" war - ebenso wie mit der Inneren

Mongolei und Xinjiang - bereits Anfang der sechziger Jahre eingestellt worden.

Bereits im Jahr der Wiederaufnahme (1983) erreichte das Volumen des Grenzhandels zwischen Heilongjiang und der Sowjetunion 7 Mio. US\$. 1984 erhöhte es sich um weitere 70%.

- Nach Verhandlungen mit der Sowjetischen Fernost-Außenhandels-gesellschaft nahm auch die Autonome Region Innere Mongolei ihren Grenzhandel i.J. 1983 wieder auf. Das Gesamtvolumen i.J. 1983 belief sich auf 3 Mio. Sfr. und 1984 auf 15 Mio. Die Innere Mongolei exportiert hauptsächlich Rindfleisch, Konserven und Pelzwaren und importiert ähnliche Güter wie Heilongjiang. Besonderes Interesse besteht an Motorrädern, weil sich die Weidewirtschaft der Inneren Mongolei seit 1979 verhältnismäßig rasch entwickelt hat und die Hirten in dem weiten Gebiet schnelle Fortbewegungsmittel brauchen (dazu BRu 1985, Nr. 4, S. 30).

- Die Autonome Region Xinjiang hat im Oktober 1982 - am Rande der sino-sowjetischen "Normalisierungsgespräche" - zwei traditionelle Grenzübergänge wieder eröffnet, nämlich den einen im Bereich des Turugart-Passes (also im Bereich der Kirgisischen Republik der UdSSR) und einen in dem rd. 600 km nordöstlich davon gelegenen Korgas. 1983 wurde dann die Wiederaufnahme des Warenaustausches vereinbart. Warenwert und Sortiment sind allerdings nicht bekannt.

Trotz dieser verhältnismäßig positiven wirtschaftlichen Entwicklung schließt die chinesische Führung allerdings eine rasche politische Wiederannäherung an die KPdSU aus. Ungeachtet der seit Oktober 1982 laufenden "Normalisierungs"-Gespräche ist es noch lange nicht zu einer wirklichen "Normalisierung" gekommen, da - so die chinesische Darstellung - Moskau keine Absicht erkennen lasse, auf die drei Vorbedingungen für eine Normalisierung - Abzug der Sowjets aus Afghanistan, Truppenentflechtung an der gemeinsamen Grenze sowie Verzicht auf Unterstützung der vietnamesischen Besetzung Kambodschas - einzugehen. Umgekehrt schrieb die Regierungszeitung Istwestija in einem Artikel zum 35. Jahrestag der Unterzeichnung des sowjetisch-chinesischen Freundschaftsvertrags vom 14. Februar 1950 (den Beijing 1980 hatte auslaufen lassen), daß sich China mit seiner Politik gegen die UdSSR und gegen die sozialistischen Länder stelle und dadurch den Inter-

essen des internationalen Sozialismus schade - ja manchmal sogar eine "Bedrohung für die Sicherheit der sozialistischen Länder" darstelle.

Unabhängig von dieser politischen Linie sollen aber, wie gesagt, die Handels- und Wirtschaftsaustauschgespräche fortgesetzt werden. Zu diesem Zweck soll beispielsweise Vizeministerpräsident Li Peng im April 1985 Moskau besuchen, um ein Handelsabkommen für den Zeitraum 1986 bis 1990 zu unterzeichnen. Li ist der für Wirtschafts- und Planungsfragen zuständige Vize-Regierungschef. -we-

Internationale Organisationen und Konferenzen

*

*

*(5)

Weltbankkredit für China

Die Weltbank, eine Einrichtung der Vereinten Nationen, wird der Volksrepublik China einen Kredit in Höhe von 117 Mio. US\$ für die Verbesserung der Stromversorgung im Osten des Landes gewähren. Wie aus Kreisen der Weltbank in Washington bekanntgegeben wurde, gibt auch Italien einen Kredit in Höhe von 10 Mio. US\$ für das Projekt, dessen Kosten auf etwa 283 Mio. US\$ veranschlagt werden. U.a. ist die Einrichtung einer 500-Kilowatt-Überlandleitung zwischen Xuzhou in der Provinz Jiangsu und Shanghai geplant. (Ostinformatio-nen, 22.2.1985) - lou-

*(6)

China und die UNESCO

Seit 1974 ist China ständig bei der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) vertreten, die ihren Sitz in Paris hat und deren Aufgaben u.a. in der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erziehung, der Wissenschaft und der Kunst, des Zugangs aller Menschen zu den Gütern der Kultur und der Bildung, der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie in der Durchführung von Arbeitsprogrammen bei der Einführung der allgemeinen Schulpflicht, bei der Beseitigung des Analphabetentums und bei der Erwachsenenbildung bestehen.

In China selbst gibt es eine nationale UNESCO-Kommission, die jedes Jahr tagt und einen Rückblick sowie einen Ausblick erarbeitet.

Die Mitarbeit in der UNESCO ist für die Volksrepublik aus zwei Gründen bedeutsam: Zum einen ist die Organisation ein Forum, in dem

sich immer wieder die Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt unter Beweis stellen läßt, und zum anderen profitiert China selbst von einer Reihe von UNESCO-Programmen.

Zwischen 1979 und 1983 haben beispielsweise 1.288 chinesische Teilnehmer an 744 UNESCO-Programmen partizipiert, die, wie es heißt, der "freundschaftlichen Zusammenarbeit unter den Völkern und der Aufrechterhaltung des Weltfriedens" dienen (XNA, 8.6.84). Eine Reihe von Wissenschaftssymposien unter UNESCO-Protectorat fanden in China statt, an denen z.B. allein i.J. 1982 hundert Delegationen aus 23 Ländern teilnahmen, u.a. ein Symposium über Erdbebenfragen und eine Versammlung über die Bekämpfung des Analphabetismus (XNA, 25.3.83). 1982 auch wirkte China tatkräftig an der Ausarbeitung des UNESCO-Plans über Erziehungsprogramme für den Zeitraum 1984 bis 1989 mit (XNA, 30.11.82).

Auch für die Volksrepublik selbst fallen dabei nützliche Projekte ab, u.a. im Bereich des Kampfes gegen den Analphabetismus, des Berufsschulwesens, der Informationswissenschaft, der Gentechnologie, der Managementausbildung, des Museumswesens und nicht zuletzt der Einführung moderner audiovisueller Anlagen, so z.B. eines einschlägigen Programms für das Beijinger Fremdspracheninstitut im Juni 1984 (XNA, 6.6.84). China selbst stellte im Rahmen der UNESCO-Programme einige Stipendien für Interessenten der Dritten Welt auf dem Gebiet der Kleinenergieanlagen, der Biogaserzeugung und der Solarenergie zur Verfügung (XNA, 31.7.83). Einer der bisherigen Höhepunkte dieser Kooperation waren die ersten "Chinesischen Kulturtag", die im September 1983 in Paris stattfanden. Neben einem Filmfestival, einer Buchausstellung und Darbietungen des Sichuaner Tanz- und Gesangsensembles gab es eine Farbfotoschau über das Leben in China und eine Ausstellung von Kunsthandwerksprodukten der nationalen Minderheiten (XNA, 21.9.83).

Besonders engagiert steht China hinter dem Plan der Errichtung eines "Ausschusses für den Nachrichtenaustausch" (XNA, 8.6.84), dessen Arbeit dazu beitragen soll, die Übermacht der westlichen Nachrichtenagenturen zu konterkarieren und für ein Gegengewicht der Dritten Welt zu sorgen. Zu diesem Zweck strahlt das chinesische Fernsehen seit dem 1. März 1983 ein "Internationales Programm für die Entwicklung des Kommunikationswesens" aus, das von der UNESCO gefördert wird. Seit Juni 1984 erscheint auch die Vierteljahresschrift "China, UNESCO", die

einen Überblick über die Mitarbeit der Volksrepublik in dieser Organisation gibt.

Kein Wunder, daß China angesichts dieses Engagements gegen die Ankündigung der USA protestiert hat, zum 31. Dezember 1984 aus der UNESCO austreten zu wollen. Kurz vorher hatte bereits Großbritannien eine entsprechende Erklärung abgegeben, der sich u.a. - und zwar, wie es hieß, ausschließlich aus finanziellen Gründen - auch der Stadtstaat Singapur anschloß. In der Erklärung der chinesischen Regierung vom 26. Dezember wird der amerikanische Beschluß bedauert. Die USA sollten sich diesen Schritt nochmals überlegen oder aber so früh wie möglich wieder in die UNESCO zurückkehren. Offensichtlich gehe es Washington, das 25% des Haushaltsbudgets der UNESCO trage, darum, die UNESCO in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen und sie dadurch auf US-Kurs zu zwingen. Die amerikanischen Argumente, daß die UNESCO zu politisiert sei, daß ihr Verlangen nach einer Dritt-Welt-Nachrichtenagentur dem Grundsatz der Pressefreiheit widerspreche, daß auch ihre Ambitionen ihr Hinblick auf die Neue Weltwirtschaftsordnung mit dem Prinzip der Marktfreiheit nicht in Übereinstimmung zu bringen sei und daß die UNESCO zu viel Geld verschwende - dies alles seien Argumente, denen man nur schwer folgen könne. Es gebe zwar gewisse Fehlorganisationstatbestände, die sich freilich nicht durch den Austritt, sondern vielmehr durch aktive Mitarbeit beseitigen ließen. -we-

*(7)

Chinas Beitrag zum UNHCR-Programm
Im Rahmen der Programme des Hohen Kommissars für Flüchtlingswesen hat die chinesische Regierung am 16. November vor der UNO-Versammlung versprochen, 250.000 US\$ für 1985 zur Verfügung zu stellen.

Gegenwärtig gebe es auf der Welt zehn Millionen Flüchtlinge - dies hauptsächlich in Entwicklungsländern - und hier wiederum in den LDC, also den am wenigsten entwickelten Ländern.

China unterstütze Flüchtlinge aber nicht nur über die UNHCR, sondern habe auch selbst 276.000 Flüchtlinge aus Indochina im eigenen Land angesiedelt und dafür Kosten in Höhe von über einer Milliarde Yuan/RMB getragen.

Bei der Konferenz vom November versprochen insgesamt 47 Länder Beiträge in Höhe von insgesamt 126 Mio. US\$ für das 1985er Programm. Die vier größten Zuschüsse stammten von den USA (77 Mio.),

Australien (11 Mio.), Norwegen (8 Mio.) und Schweden (6 Mio.). -we-

*(8)

Die Genfer Abrüstungsgespräche sind nur ein Neubeginn, aber nicht mehr

Am 7. und 8. Januar 1985 trafen sich in Genf die Außenminister der beiden Supermächte, um nach einer längeren Pause wieder über die Rüstungskontrolle zu diskutieren. Moskau hatte die Genfer Gespräche über Mittelstreckenraketen in Genf abgebrochen, nachdem im November 1983 die ersten amerikanischen Cruise Missiles und Pershing-II-Raketen in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland stationiert worden waren. Kurz darauf weigerte sich Moskau auch, die Gespräche über die Reduzierung der strategischen Waffen, die schon ein Jahr vorher unterbrochen worden waren, wiederaufzunehmen.

Inzwischen aber haben sich beide Seiten neu besonnen, nachdem die UdSSR lange Zeit trotziges Verhalten, die USA aber - bzw. ihre Administration - Wahlkampfverhalten an den Tag gelegt hätten.

Inzwischen habe der wiedergewählte Reagan etwas unternehmen müssen, um die Beziehungen mit dem Kreml in den nächsten vier Jahren zu verbessern, und habe deshalb bei seiner Ansprache anlässlich der UNO-Vollversammlung am 24. September 1984 sog. Global(umbrella)-Gespräche vorgeschlagen, die strategische Waffen, Mittelstreckenraketen, Weltraumwaffen, chemische Waffen und konventionelle Waffen sowie Maßnahmen zur Sicherung des Vertrauens gleichzeitig behandeln sollten.

Seit Oktober 1984 habe sich dann auch die (neue) sowjetische Führung unter Tschernenko bereit erklärt, auf solche Gespräche einzugehen. Auch die EG und die NATO hätten sich den Reaganschen Vorschlägen angeschlossen.

Aus chinesischer Sicht ist es ein gutes Zeichen, daß die beiden Supermächte wieder bereit sind, den toten Punkt der Verhandlungen zu überwinden. Abrüstung, besonders die Reduzierung der Atomwaffen und die damit verbundene Entspannung der internationalen Lage seien ein globales Problem, das den Frieden und die Sicherheit der Welt betreffe. Freilich sei das Wettrennen zwischen den beiden alles andere als vorbei. Bei den Genfer Gesprächen handle es sich lediglich um einen "reinen Meinusaustausch", nicht aber um "Verhandlungen". Außerdem seien sie nicht mehr als ein "Neubeginn". Vor allem die Überprüfbarkeit von

Vereinbarungen erweise sich als Hindernis, da ja allgemein bekannt sei, daß die Sowjetunion bisher allen amerikanischen Inspektionen auf ihrem Boden ablehnend gegenübergestanden habe (BRu 1985, Nr.2, S.11). -we-

***(9)**
China plädiert für das Verbot biologischer und chemischer Waffen
Am 22.September 1984 genehmigte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses ein Abkommen, das die Entwicklung, Produktion und Lagerung biologischer und chemischer Waffen verbietet und ihre Vernichtung fordert.

Die Dokumente, die vom chinesischen Außenminister Wu Xueqian unterzeichnet waren, wurden dann am 15.November den USA, der Sowjetunion und Großbritannien - als den Verwahrern dieses Abkommens - übergeben. Das Abkommen wurde für China damit am selben Tag verbindlich. -we-

***(10)**
China ruft zur Einstellung des Wettrüstens im Weltall auf
Am 27.November appellierte der chinesische Vertreter vor der UNO an die Supermächte, Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens im Weltall zu treffen. Die im Welt- raum eingeleiteten Entwicklungen seien ein "gefährlicher Trend" und stellten eine Drohung für die gesamte Menschheit dar. Die Erforschung und Ausbeutung des Weltalls sollten dem wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Fortschritt aller Länder dienen.

Die auf den Weltraum bezogenen bisherigen Rechtsregelungen seien unzureichend und müßten dem Entwicklungsstand angepaßt werden. China widersetzte sich "jeglicher Militarisierung des Weltraums" (XNA, 29.11.84).

Ferner hat China bekanntgegeben, daß es sich an dem UNO-Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Aktivitäten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, beteiligen wolle. Ein entsprechender Antrag war am 8.Dezember vom Ständigen Ausschuß des VI.NVK genehmigt worden.

Der Vertrag, der bereits von der 21.Tagung der UNO-Vollversammlung i.J. 1966 verabschiedet und am 27.Januar 1987 von den USA, der Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet worden war, trat am 10.Oktober 1967 in Kraft. Bis heute sind ihm über achtzig Mitgliedstaaten beigetreten.

Durch seine Teilnahme an diesem Vertrag möchte China seine Modernisierungspolitik und seinen Willen zur friedlichen Zusammenarbeit auch in der "vierten Dimension" bekunden. -we-

***(11)**
Internationale Drogenkontrolle
China will sich an der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels beteiligen und erklärte in diesem Zusammenhang vor dem 3.Ausschuß der UNO-Generalversammlung im November 1984, daß die chinesische Regierung "strikt den Transport von Narkotika durch chinesisches Territorium unterbinden" werde. Das UNO-Komitee war mit dem Ziel zusammengetreten, eine "internationale Kampagne gegen den Drogenhandel" zu entfachen. Der chinesische Delegationsleiter wies darauf hin, daß einige ausländische Drogenhändler in letzter Zeit die chinesische "Offen-Tür-Politik" dazu ausgenutzt hätten, um Narkotika nach China einzuschleusen. All diese Aktivitäten seien jedoch aufgedeckt und strafrechtlich sanktioniert worden. U.a. wies er auch darauf hin, daß China in den fünfziger Jahren das dort lange Zeit grassierende Opiumproblem mit Stumpf und Stiel beseitigt habe. Das chinesische Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen habe bereits im Oktober 1973 ein Regime eingerichtet, das den Import und Export von vierzig verschiedenen psychotropen Substanzen genehmigt. Im übrigen aber sei jeder Handel und jeder Anbau verboten (XNA, 17.11.84) -we-

Aussenpolitik allgemein
*
*
* * * * *

***(12)**
Die Rolle Chinas in einer multipolaren Welt
Schon heute lassen sich im internationalen System sechs Zentren ausmachen, nämlich die Sowjetunion, die USA, Japan, Europa, China - und die Dritte Welt, die nach Ansicht des Generalsekretärs des Forschungszentrums für Internationale Fragen beim Staatsrat, Huan Xiang, eine weitere selbständige Kraft bilde.

Chinas Stärke werde durch sechs Momente konstituiert.

- Es nimmt geographisch eine wichtige strategische Position ein.
- Es ist ein großes Land mit der größten Bevölkerung der Welt.
- Es verfügt über industrielle und wirtschaftliche Kraft, die seine politische Position untermauert.
- Es ist das einzige Land der Dritten Welt, das als Ständiges

Mitglied im Sicherheitsrat der UNO vertreten ist. Hier könne China sehr viel tun, um die Länder der Dritten Welt zu unterstützen.

- China verfolge eine unabhängige Außenpolitik und werde sich niemals einer Großmacht oder einem Block unterwerfen.
- Nicht zuletzt aber sei die Formulierung der chinesischen Außenpolitik durch die Kommunistische Partei eine Garantie dafür, daß Chinas Außenpolitik stets mit dem historischen Trend übereinstimme.

Was die internationale Stellung und Rolle der Volksrepublik angeht, so meint Huan Xiang, daß "wir weder eine zu hohe Meinung von uns haben noch allzu bescheiden sein sollten" (Shijie Zhishi ("Weltnachrichten"), nachgedruckt in BRu 1985, Nr.2, S.31). -we-

***(13)**
Die Weltlage i.J. 1984/85
1984 zeichneten sich nach Ansicht des Generalsekretärs des Forschungszentrums für Internationale Fragen beim Staatsrat, Huan Xiang, zwei große Herausforderungen besonders deutlich ab, nämlich das sich verschärfende Wettrüsten der beiden Supermächte und die immer schwerwiegendere Beeinträchtigung der Wirtschaft der Entwicklungsländer durch die Industrieländer.

Was den Komplex "Wettrüsten" angeht, so wurden die Abrüstungsverhandlungen zwischen beiden Supermächten unterbrochen (seit 1985 allerdings wieder aufgenommen), ferner dehnte sich das Wettrüsten auf den Weltraum aus, die militärische Konfrontation erweiterte sich in den asiatisch-pazifischen Raum hinein, die Militärideologie entwickelte sich von der bloßen "gegenseitigen nuklearen Abschreckung" zur "Durchführbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkriegs" und nicht zuletzt intensivierten sich die direkten und indirekten Einmischungsversuche der Supermächte.

Für die Weltwirtschaftsordnung waren nach Ansicht von Qian Junrui, dem Berater der Chinesischen Akademie der Gesellschaftswissenschaften und Vorsitzenden der Chinesischen Gesellschaft für Weltwirtschaft (BRu 1985, Nr.2, S.14-19) folgende Punkte charakteristisch: Zunahme des Protektionismus der Industrieländer; Versuch der beiden Supermächte, durch Beschränkung ihres Technologietransfers die wirtschaftliche Vormachtstellung gegenüber den Entwicklungsländern zu halten; weitere Verschuldung der Entwicklungsländer infolge der Hochzinspolitik der USA; steigende Verarmung der

Entwicklungsländer und Ansteigen des Schuldendienstes der Entwicklungsländer auf inzwischen 900 Mrd.US\$ (XNA, 10.12.84).

Diesen beunruhigenden Entwicklungen stünden einige Kräfte gegenüber, die zu Optimismus berechtigten: Die beiden Supermächte setzten ihre Aufrüstung zwar fort, sähen sich aber unter dem Druck der Völker der Welt und der Mitglieder ihrer eigenen Blöcke zum Dialog gezwungen. Genannt in diesem Zusammenhang werden die Friedensbewegungen und die "Massenbewegungen für den Umweltschutz", die zu einer sich schnell entwickelnden politischen Kraft in Europa und in den USA geworden seien (RMRB, 10.1.85).

Was die Weltwirtschaftsordnung anbelangt, so würden die Regierungen der reichen Länder zu wenigstens vorläufigen Kompromissen über die Schuldenfrage gezwungen. Gewisse Fortschritte auf diesem Gebiet seien erreicht worden, nachdem die Weltwirtschaftslage sich insgesamt - gegenüber der "schwersten Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt nach dem 2. Weltkrieg, 1979/1982" - wieder verbessert habe. Dieser Trend sei generell auch den Entwicklungsländern zugute gekommen, die ihren BSP-Zuwachs i.J. 1984 auf 3 bis 4% hätten steigern können.

1985 werde die gegenseitige Abhängigkeit und der Kampf zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd weiterhin die Weltwirtschaftslage charakterisieren. Bei dieser komplizierten Konstellation dominierten die westlichen (nördlichen) entwickelten kapitalistischen Länder mit ihren staatlichen, privaten und multinationalen Gesellschaften nach wie vor die gesamte Weltwirtschaft. Freilich sei gegen 1986 wieder eine neue amerikanische Stagflation zu erwarten, von der dann unvermeidlicherweise auch die Länder der Dritten Welt beeinflusst würden. Aufgabe der Dritten Welt sei es, in dieser Situation den Nord-Süd-Dialog sowie die Süd-Süd-Zusammenarbeit verstärkt anzustreben. Vorbildlich für die Nord-Süd-Kooperation sei nach wie vor das Lome-Abkommen zwischen den EG- und 64 AKP-Staaten, in denen immerhin 11% der Weltbevölkerung lebten.

Die beiden auch in überschaubarer Zukunft sich am deutlichsten abzeichnenden internationalen Probleme seien die Friedensfrage und die Nord-Süd-Beziehungen. Sie seien beide von globaler und strategischer Bedeutung, betrafen die Gesamtsituation und hingen eng miteinander zusammen. Wenn der Süden weiter rückständig bleibe - welche Märkte gebe es dann noch

für den Norden?

Han Nianlong, der Präsident des Instituts des Chinesischen Volkes für Auswärtige Angelegenheiten, lenkt die Aufmerksamkeit daneben noch auf die Lage im asiatisch-pazifischen Raum. Der Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte liege zwar nach wie vor in Europa, doch zeige sich eine zunehmende Verlagerung dieser Rivalität auf den asiatisch-pazifischen Raum. Hinzuweisen sei auf die beiden Brennpunkte Kambodscha und Afghanistan, auf den koreanischen Konflikt und auf die Verlagerung des sowjetischen Raketenpotentials in die asiatischen Teile der UdSSR. -we-

*(14)

1984 - ein Jahr lebhafter diplomatischer Aktivität

Am 30. Dezember 1984 gab das chinesische Außenministerium offiziell bekannt, daß China in den vergangenen zwölf Monaten von Staats- bzw. Regierungschefs aus 32 Ländern und von 31 Ministerpräsidenten bzw. Außenministern besucht worden sei. Umgekehrt habe China im gleichen Zeitraum Spitzenvertreter in zwölf Länder entsandt. -we-

*(15)

China wünscht keine neue KP-Weltkonferenz

Politbüromitglied Ni Zhifu, der am XXV. Parteitag der KPCh (6.-10.2.85) in Paris teilnahm, ließ bei einer Pressekonferenz am 29. Januar 1985 in Beijing verkünden, daß die KPCh von der Einberufung einer neuen Weltkonferenz der KPs "unter den gegenwärtigen Umständen" nichts halte. Eine solche Konferenz könne nur dazu führen, die Unterschiede zu verschärfen und die Risse in der internationalen kommunistischen Bewegung zu vergrößern. Sie wäre auch schädlich für die Erhaltung des Weltfriedens (XNA, 29.1.85). Früher schon hatte China bekanntgegeben, daß Organisationen a la Komintern oder Kominform oder aber im Stile der bisherigen "Beratungskonferenzen" nicht mehr sinnvoll seien. Im Hintergrund stand dabei die Opposition gegen die Priorität einer "Vaterpartei". Für das hierarchisch denkende China kann es - wenn überhaupt - nur einen Führer geben - und dies wäre die KPCh. Der Gedanke, daß die KPdSU sich erneut die Rolle eines Primus inter pares anmaßen könnte, erscheint den Chinesen in der heutigen Situation unerträglich. Insofern ist der Hinweis auf eine mögliche Verschärfung bereits vorhandener Konflikte durchaus zu verstehen. -we-

INNENPOLITIK

*
*
* * * * *

*(16)

Hu Yaobang warnt vor "blindem Optimismus" und "internen Auseinandersetzungen"

Vor "blindem Optimismus" und "internen Auseinandersetzungen" warnte ZK-Generalsekretär Hu Yaobang in einer Rede vor über 400 Absolventen der ZK-Parteischule am 19. Januar 1985. Insgesamt bezeichnete er jedoch die Ausgangslage für 1985 besser als für 1984. Hu nannte drei günstige Bedingungen für 1985:

1. Die Partei sei geeinter, und die ideologische Basis sei besser als jemals zuvor.
2. Die materielle Basis für den sozialistischen Aufbau sei weiter gestärkt worden.
3. Im Gegensatz zur Situation vor zwei oder drei Jahren habe man nun ein klareres Konzept für die wirtschaftliche Entwicklung.

Gleichzeitig warnte Hu Yaobang vor Nachlässigkeit und blindem Optimismus bezüglich der KPCh-Führungsarbeit und der Leitideologie. Die Mitglieder der Parteikomitees dürften in ihren diesbezüglichen Bemühungen nicht nachlassen und müßten noch bessere Arbeit leisten.

In einem Rückblick auf die fast 36jährige Geschichte der Volksrepublik China beklagte Hu, daß davon 20 Jahre (d.h. von 1957 bis 1976; Anm. d.Verf.) durch die ultralinke Politik, "den Klassenkampf als Hauptkettenglied zu betrachten", verlorengegangen seien. Hieraus müßten, so Hu Yaobang, für die Zukunft zwei Lehren gezogen werden:

- Erstens dürfe man den Sozialismus nie mehr dahingehend entstellen, daß man meine, man sei um so sozialistischer, je ärmer man sei.
 - Zweitens dürfe man nicht mehr interne Auseinandersetzungen vom Zaun brechen, "denn damit werden wir uns nur selbst zermürben und unsere finanziellen Ressourcen erschöpfen".
- (Nach Liaowang, 18.2.85, in: Jiefang Ribao, 19.2.85, zit. nach SWB, 1.3.85) -sch-

*(17)

"Neuartige falsche Tendenzen" im Zentrum der Kritik der Parteizentrale - Kader nutzen Wirtschaftsreform für eigene Zwecke

Mit sogenannten "neuartigen falschen Tendenzen" (xin de buzheng